

Der Westen und Russland: Das verlorene Paradigma

Trenin, Dmitri

Veröffentlichungsversion / Published Version
Zeitschriftenartikel / journal article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Trenin, D. (2006). Der Westen und Russland: Das verlorene Paradigma. *Russland-Analysen*, 88, 2-5. <https://doi.org/10.31205/RA.088.01>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-NC-ND Lizenz (Namensnennung-Nicht-kommerziell-Keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:

<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY-NC-ND Licence (Attribution-Non Commercial-NoDerivatives). For more information see:

<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0>

Analyse

Der Westen und Russland: Das verlorene Paradigma

Dmitri Trenin, Moskau

Zusammenfassung

Das Verhältnis zwischen Russland und dem Westen steht vor einem Paradigmenwechsel. Russland macht einen Prozess durch, der als außenpolitische Revolution bezeichnet werden kann. Es hat angefangen, sich als moderne Großmacht zu erneuern. Nach dem Fall der Berliner Mauer blieb Russland ein Sonderfall: Es wurde ihm, im Gegensatz zu den anderen osteuropäischen Ländern, keine volle Mitgliedschaft im westlichen Klub angeboten, es sollte aber in einer „Imitation“ von Partnerschaft in den Westen eingebunden werden. Diese Imitation einer Integration in die westlichen Institutionen hat nicht funktioniert. Die Putin-Administration hat jetzt eine aggressivere Außenpolitik begonnen. Ausgehend von den durch Energieexport verbesserten Finanzen und vom Wunsch, den verlorenen Großmachtstatus wiederzuerlangen, ist Russland dabei auch nicht mehr um sein Image besorgt.

Planet Russland

Als der damalige Kanzler Schröder Präsident Putin gestattete, außer der Reihe den Vorsitz der G-8 für 2006 in Anspruch zu nehmen, sprach man auf beiden Seiten des Atlantiks von Russlands Integration in den, oder wenigstens „mit“ dem, Westen. Die „vollen“ G-8 hatten gerade die unbeholfene Konstruktion der G-7+1 ersetzt, es wurde erwartet, dass der NATO-Russland-Rat die Allianz in den Schatten stellen würde, und der Krieg gegen den Terrorismus hatte die USA und Russland zu den Musterverbündeten des 21. Jahrhunderts gemacht.

Dieses Bild ist jetzt in Fetzen. Russland ist als korporatistischer Staat „entlarvt“ worden, mit einem zaristischen politischen System, einer kleptokratischen Elite und einer atomisierten Gesellschaft, die auf individuelles Überleben oder individuelle Bereicherung, je nachdem, ausgerichtet ist, aber bestimmt nicht auf Demokratie. Nun heißt das Schlagwort „russischer Neo-Imperialismus“, verbunden mit einem „Neo-Isolationismus“ zuhause.

In der Tat macht Russland einen Prozess durch, der als außenpolitische Revolution bezeichnet werden kann. Es hat tatsächlich angefangen, sich als moderne Großmacht zu erneuern. Der äußerste Planet des westlichen Sonnensystems, hat seine Umlaufbahn verlassen, um eine neue und unabhängige Flugbahn einzuschlagen. Das hat weit reichende Folgen.

Die neue Ordnung nach dem Mauerfall

Es ist ironisch, aber auch bezeichnend, dass dies mit dem Beginn des G-8-Vorsitzes Russlands zusammenfällt und gerade vor dem sehr viel weniger spektakulären Vorsitz im Europarat kommt. Viele sind über-

rascht, einige sind erschüttert. Russland ist einer Mitgliedschaft im westlichen Klub für unwürdig erklärt worden, geschweige denn, diesen Klub anzuführen.

Emotionen bleiben Emotionen; man sollte lieber zugeben, dass die Parameter der Interaktion von Russland und dem Westen, die während des Zusammenbruches der Sowjetunion abgesteckt wurden und in den letzten 15 Jahren mehr oder weniger unverändert geblieben sind, sich fundamental verändert haben. Das alte Paradigma ist verloren, ein neues wird immer noch gesucht.

Als ihr Feind aus dem Kalten Krieg zusammenbrach, knüpften die westlichen Länder eine Vielzahl von Partnerschaften mit ihren ehemaligen kommunistischen Gegnern, die den Einfluss des Westens über die gefallene Berliner Mauer hinaus erweitern sollten. Einige Länder sollten sich einem Europa anschließen, das jetzt „ganz und frei“ war, während andere im Gravitationsfeld des westlichen Orbit schweben sollten.

Sonderfall Russland

Russland war von Anfang an ein Sonderfall. Da es Nuklearwaffen besaß, eine angeschlagene aber ungebrochene Großmachtmentalität hatte und einfach zu groß war, wurde ihm eine privilegierte Beziehung angeboten, aber keine wirkliche Aussicht auf Mitgliedschaft. Offiziell würde die Tür nicht zugemacht werden, aber die Idee, dass Russland tatsächlich durch diese Tür hineinkommen würde, war undenkbar.

Russland würde seinerseits eine Mitgliedschaft nur dann in Erwägung ziehen, wenn ihm so etwas wie der Mitvorsitz im westlichen Klub oder zumin-

dest eine Mitgliedschaft in seinem Verwaltungsrat, dem „Politbüro“, angeboten würde. Für die russische Führung wäre es ein Gräuelpiece gewesen, sich Anleitungen aus Washington und Brüssel zu fügen, die existierenden Regeln zu akzeptieren und den ehemaligen sowjetischen Satellitenstaaten zu folgen. Daher war die Option, Russland in westliche Institutionen zu integrieren, praktisch eine Totgeburt.

Während andere ehemalige Staaten des Warschauer Paktes schon in den Westen einbezogen wurden, wurden Russland, das zu groß war, um es zu ignorieren, Übergangslösungen angeboten. Die G-8 sollte es politisch an den Westen anbinden und seine Führer persönlich sozialisieren. Der NATO-Russland-Rat sollte die Sicherheitsagenden miteinander abstimmen und eine Militärreform in Russland fördern. Die „Gemeinsamen Räume“ von EU und Russland sollten Russland wirtschaftlich und sozial „europäisieren“ und es politisch mit Europa assoziieren. Der Europarat, in den Russland zur Zeit des ersten Tschetschenienkrieges eintrat, sollte westliche Werte und Normen in Russland fördern.

Krise der „Imitationen“?

Diese Regelungen versagten nicht so sehr – sie blieben einfach hinter allen Erwartungen zurück. Die G-8 ist in Wahrheit immer noch nur ein anderer Name für die G-7 plus Russland, obwohl Russland einen (fast) gleichen Status wie die anderen hat. Der NATO-Russland-Rat, das sichtbarste Produkt der Annäherung nach dem 11. September 2001, ist eine Werkstatt für technische Kooperation mit niedrigem Profil an der Seite der NATO. Die „Road Maps“ von EU und Russland kleistern nur die wachsende Kluft zwischen Europa und Russland zu. Der Europarat ist zu einem rednerischen Schlachtfeld für russlandbezogene Themen wie Tschetschenien und kürzlich das neue russische NGO-Gesetz geworden. Das erboste Moskau hat mit der Halbierung seines Beitrages zum Budget des Rates gedroht. Sogar den überlebenden ehrwürdigen Überbleibseln aus den Tagen des Kalten Krieges, der OSZE und dem Vertrag über Konventionelle Streitkräfte in Europa (KSE-Vertrag), geht es nicht gut. Russland hat beschlossen, erstere im Wesentlichen zu ignorieren und hat angedeutet, dass es sich von den Schlüsselbestimmungen des letzteren zurückziehen könnte.

Ehrlich gesagt sind es nicht so sehr Partnerschaft und Integration, die versagt haben, als ihre Imitationen. Ganz wie die russischen Eliten, die niemals wirklich

die durch den Westen aufgezwungenen Regeln und die Dominanz der USA akzeptieren konnten, hat der Westen niemals wirklich das post-sowjetische Russland als „einen von uns“ angesehen. Ein sehr bezeichnendes Beispiel ist, dass, während die G-7-Staaten einander nicht ausspionieren, nach wie vor in beiden Richtungen zwischen ihnen und dem achten Mitglied des „Klubs“ wie im Kalten Krieg spioniert wird.

Wege russischer Westpolitik

Eine Zeit lang wurde die vorgetäuschte Partnerschaft vor allem aufrechterhalten, weil Russland schwach, chaotisch und zu abhängig von westlicher finanzieller Unterstützung war. Unter Jelzin konnte und wollte Moskau den Westen nicht herausfordern. Es murrte und schmolte, aber am Ende schmeichelte es sich wieder ein, wie bei der Osterweiterung der NATO oder dem Kosovokrieg. 1999 war es sogar soweit, dass Themen wie „die Welt ohne Russland“ und „das Russland der Regionen“ (d.h., eine lose Konföderation anstelle einer Zentralregierung) sowohl in wissenschaftlichen Seminaren als auch in Regierungsbüros zu hören waren. Russland war nicht so sehr Partner als Objekt westlicher Politik.

Nach dem 11. September ergriff Putin die Gelegenheit, mit dem Weißen Haus einen Deal zu suchen. Russland war bereit, seinen Respekt für die globale Führungsrolle der USA gegen Amerikas Anerkennung von Russlands Rolle als seinem Hauptverbündeten, eine Art ebenbürtigem Führer, ausgestattet mit einer besonderen (hegemonialen) Verantwortung für den ehemaligen sowjetischen Raum, zu tauschen. Dieses umfassende Angebot, das offensichtlich aus einer Position der Schwäche heraus gemacht worden war, wurde von Washington abgelehnt, das nur bereit war, über die „Regeln des Straßenverkehrs“ in der GUS zu diskutieren. Also hatte Putins berühmte „strategische Wahl“ keine Fortsetzung.

Der Kreml versuchte sich ein weiteres Mal an seiner Westpolitik, indem er wiederum eine sich bietende Möglichkeit ausnutzte und sich der „Koalition der Unwilligen“ während des Irakkrieges anschloss. Die Idee dahinter war, in das westliche System durch die europäische Tür einzutreten und eine russisch-deutsch-französische Achse als Gegengewicht gegen Washington und London zu schaffen. Aber auch dieser Versuch schlug fehl. Eine neue anti-amerikanische Entente kam nicht zustande; situationsbezogene Übereinstimmung mit Moskau (und Unstimmigkeiten

mit Washington) konnte nicht gegen den fundamentalen Charakter der transatlantischen Beziehungen konkurrieren.

Moskau scheitert

Stattdessen setzten die transatlantischen und europäischen Institutionen ihre Erweiterung nach Osten fort, indem sie die übrigen ehemaligen Länder von Warschauer Pakt und COMECON und die baltischen Staaten aufnahmen. Mit den Polen und den Balten als Mitglieder ist die EU eindeutig Russland gegenüber skeptischer und misstrauischer geworden. Darüber hinaus begannen Amerika und Europa, ihre Anziehungskraft jenseits der ehemaligen sowjetischen Grenze in die GUS hinein zu projizieren. Das Konzept des nahen Auslandes wurde plötzlich wiederbelebt, nur waren es jetzt zwei, die dasselbe Territorium beanspruchten. In den Jahren 2003–2005 gingen Moskaus Beziehungen gleichzeitig zu *beiden* Teilen des Westens zum ersten Mal seit 1991 schief.

In dieser Periode kamen westliche Regierungen endgültig zu dem Schluss, dass Russland in absehbarer Zukunft nicht demokratisch werden würde. In ihrem Weltbild gehörte Russland nicht mehr zur selben Gruppe wie Polen oder auch nur die Ukraine. Stattdessen stellten sie es, wenn auch ungern, in dieselbe Ecke wie China, während sie immer noch hofften – vielleicht unrealistischerweise – so viel wie möglich aus den Partnerschaftsvereinbarungen herauszuholen, die in einer glücklicheren Ära zustande gekommen waren.

Die gleichzeitigen Veränderungen auf russischer Seite waren sehr viel tiefer gehend und mit weiter reichenden Implikationen besetzt. Bis zur Mitte des Jahres 2005 war Russland zwei Jahrzehnte lang in der internationalen Politik ständig auf dem Rückzug gewesen. Die „farbigen“ Revolutionen in der Ukraine, Georgien und Kirgizstan machten deutlich, dass sogar der postsowjetische Raum für Moskau zu einem *peau de chagrin* wurde. Ende 2004 und Anfang 2005, im Gefolge von Beslan, dem Wahlfiasco in der Ukraine und Sozialprotesten zuhause, war das Selbstbewusstsein der Regierung Putin an einem bislang unerreichten Tiefpunkt angelangt.

Phönix aus der Asche

Erstaunlicherweise kam der Kreml schnell wieder auf die Beine – sehr schnell. Lehren sind gelernt, Ressourcen mobilisiert, Kräfte umgruppiert, die Moral wiederhergestellt worden. Das Resultat ist, dass

der Rückzug aufgehört hat und Gegenangriffe erfolgt sind. Zuerst agierte Moskau vorsichtig, seiner selbst noch nicht ganz sicher. Als Russland und China den Rückzug der US-Streitkräfte aus Zentralasien verlangten, spielte Russland eher keine führende Rolle. Dann, zum Jahresende, ging es mutiger voran, indem es Taschkent als formellen Verbündeten anerkannte. 2005 endete mit dem Crescendo des Gaskonfliktes mit der Ukraine, als der Kreml demonstrierte, dass es die Nerven hatte, um sich mit dem „Leuchtturm der Demokratie“ im post-sowjetischen Raum anzulegen.

An der Heimatfront wurde das Konzept der souveränen Demokratie im neuen NGO-Gesetz verankert, das jedweden ausländischen politischen Einfluss in Russland eliminieren soll. Gleichzeitig bestimmt die Duma eine relativ bescheidene Summe, um im Ausland die Demokratie zu fördern. Es gibt hier keinen Widerspruch. Der Kreml glaubt, dass es in der Welt nur eine kleine Anzahl souveräner Staaten gibt, darunter die USA, China und Indien. Jetzt ist das Ziel, Jelzins Erbschaft von Toleranz rückgängig und auch Russland völlig souverän zu machen – unter zentralisierter Kontrolle.

Die große Veränderung des Jahres 2005 ist, dass in diesem Jahr die russische Außenpolitik von einer Position der Schwäche zu einer der Stärke wechselte. Sicherlich fußt dies auf der sehr viel besseren finanziellen Lage des Landes und auf der Konsolidierung von politischer und wirtschaftlicher Macht in den Händen des herrschenden Zirkels im Kreml, es gehört aber mehr dazu als nur Geld in der Staatskasse – und der phänomenale persönliche Erfolg derjenigen, die über den Staat herrschen. Der psychologische Faktor ist entscheidend. Post-sowjetische Erniedrigung ist ein Ding der Vergangenheit und den russischen Führern gefällt das Spiel mit harten Bandagen.

Das neue russische Selbstbewusstsein

Ihre Vorstellung von Außenpolitik könnte wie folgt zusammengefasst werden: In internationalen Beziehungen geht es hauptsächlich um Rivalität, das Spiel der Kräfte und einen Wettbewerb, bei dem fast alles erlaubt ist. Kooperation ist selbst das Ergebnis von erfolgreichem Wettkampf. Als großes Land ist Russland im Wesentlichen ohne Freunde in der Welt. Keine Großmacht möchte ein starkes Russland, das ein Respekt einflößender Konkurrent wäre, viele würden aber von einem schwachen Russland profitieren wollen. Russland kann nur als Großmacht überleben. Um seinen rechtmäßigen Platz in der Welt einzunehmen

(welcher, nach Ansicht der Elite, darin besteht, dass Russland den USA und China ebenbürtig ist, nicht Indien und Brasilien), hat Russland keine andere Wahl als sich durchzukämpfen. Wenn im 19. Jahrhundert angeblich seine einzigen wahren Verbündeten seine Armee und seine Marine waren, so sind es heute Öl und Gas. Energie ist eine Schlüsselressource, die so weit wie möglich ausgenutzt werden muss, während die Preise hoch sind. Energie ist auch eine wirksame politische Waffe, die aber mit Sorgfalt verwendet werden sollte.

Bemerkenswerterweise strebt das heutige Russland im Gegensatz zu früher nicht mehr nach Anerkennung. Sogar die Sowjetunion machte sich mehr Sorgen um ihr Image. Der Kreml sorgt sich anscheinend nicht genug um die internationalen politischen Reaktionen auf seine Aktionen. *Public relations* und Lobbytätigkeit haben für den Kreml keine hohe Priorität. *GR*, also *Government relations*, Beziehungen zwischen den Regierungen, sind wichtiger als *PR*. Gerhard Schroeder für die Gaspipeline zu gewinnen und Donald Evans für einen Job in der Ölindustrie zu umwerben sind nur zwei erstaunliche Beispiele für diese Herangehensweise. Russland, so glaubt der Kreml, bekommt eine schlechte Presse, egal, was es tut. Warum sollte es sich also bemühen? Auf der anderen Seite nehmen die Kremlherren die Börsengänge der Firmen, an denen sie Anteile halten, wichtig. In ihren Augen ist der steile Anstieg der Kapitalausstattung von Gazprom Anfang Januar 2006 ein Beweis für die Richtigkeit ihres harten Kurses gegenüber der Ukraine. Um die Richtungen der russischen Politik besser zu verstehen, muss man die Geldströme genau untersuchen.

Über den Autor

Dr. Dmitri Trenin ist Stellvertretender Direktor und Senior Associate am Moskauer Carnegie Zentrum.

Lesetipps

- G. Mangott; D. Trenin; M. Senn; H. Timmermann: Russlands Rückkehr. Außenpolitik unter Vladimir Putin, Baden-Baden: Nomos 2005 (= Wiener Schriften zur Internationalen Politik. Band 7).
- D. Trenin [D.V. Trenin]: Reading Russia Right, Moscow October 2005 (= Carnegie Endowment for International Peace. Policy Brief. Special Edition 42).
[gekürzt auch als Russlandanalysen 85 <http://www.russlandanalysen.de/content/media/Russlandanalysen85.pdf>]
- D. Trenin [D.V. Trenin]: Russland. Die gestrandete Weltmacht, Hamburg: Murmann 2005 (= Neue Strategien und die Wende zum Westen).
- A.P. Tsygankov: Vladimir Putin's Vision of Russia as a Normal Great Power, in: Post-Soviet Affairs, 21.2005, Nr. 2, S. 132–158.

Natürlich geht es nicht nur um Geld. Die russische Führung hat jetzt ernsthaft begonnen, Moskaus wirtschaftliche, politische und kulturelle Vorrangstellung in der GUS zu etablieren. Die Rückkehr von Usbekistan in Moskaus Umlaufbahn sollte als Anfang dieses neuen Trends angesehen werden. Die nächsten Schritte werden eine Konsolidierung von Moskaus Verbindungen mit den loyalen Ländern in der Eurasischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Vertragsorganisation für Kollektive Sicherheit; die wirtschaftliche und finanzielle Integration von Belarus; und eine Steigerung von Russlands Einfluss in den energiereichen kaspischen Staaten Aserbaidschan und Turkmenistan beinhalten. Russland geht davon aus, dass die Regierung Saakashwili in Georgien aus wirtschaftlichen Gründen fallen wird und den Weg für eine neue, Moskau-freundlichere Regierung bereiten wird; ähnliches wird in Bezug auf Moldawien erwartet. Vor allem aber scheint Moskau entschlossen zu sein, eine Mitgliedschaft der Ukraine in der NATO zu verhindern. Wenn dies erfolgreich wäre, wäre es das erste Mal, dass das NATO-Förderband vor seinem Ziel anhält.

All dies verspricht ernsthafte Spannungen, sogar Konflikte zwischen Russland und den westlichen Ländern, auch wenn es keine Wiederholung des Kalten Krieges geben wird. Die USA und Europa müssen darüber nachdenken, was die Ziele ihrer Russlandpolitik sein sollten. Es hat keinen Sinn, alte Klischees zu wiederholen und auf Platituden zurückzugreifen. Das alte Paradigma ist verloren. Ein neues Spiel beginnt.

Übersetzung aus dem Amerikanischen:

Matthias Neumann

Redaktion: Hans-Henning Schröder